FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 12 / Januar 1978 ZEITUNG DER FIDEF Einzelpreis DM 1.50



INHALT

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12,-- + 7,oo DM Porto

AUFRUF ZUM KONGRESS zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD

Federal Almanya Cumhuriyeti'nde ve Batıberlin şehrinde bugün 1 milyon yabancı çocuk yaşıyor. Bunlardan 350 000'i Türk çocuğudur. Bu Türk çocuklarından 190 000'i okul çağında olmasına rağmen, yalnızca 125 000'i okula gidebilmektedir. Yabancı çocuklar arasında okula gitme mecburiyeti tamamen gerçekleştirilmiş değildir. Günümüzün bu çok kötü koşulları altında, resmi tahminlere göre, yabancı çocukların yüzde 60'ından fazlası Hauptschule'yi bitirememektedir. Berufschule'ye gidenlerin oranı ise yalnızca yüzde 15'tir. Bunların yalnızca yüzde 1'i bu okulu bitirebiliyor. Daha üst okullarda da durum benzer haldedir. 1974/75 ders yılında 104 616 Türk öğrecisinden ancak 1 827'i Gymnsium (Lise) ve 1 719'u Realschule'ye gidiyordu. Ancak bunların çoğunluğu doktor, öğretmen, konsolosluk memuru vb. çocuğu idi. İşçi çocuklarının sayısı ise oldukca azdı. Daha 1976 yılında Federal Almanya'da yeni doğan çocukların yüzde 20'i –yani, 130 000'i–yabancı işçi çocuğun idi. Bu oran 1977 yılında daha da artmıştır. Araştırmalar göstermiştir ki, yabancı çocukların sayısı gelecek yıllarda da artmaya devam edecektir.
Federal Almanya Cumhuriyeti ve Batıberlin şehrinde yaşamakta olan Türklerin sayısında hatırı sayılır artış uzun bir süre devam edecektir.

Çocuklarımızın ve gençlerimizin vasıflı bir eğitimden geçmesini, günümü zde görüldüğü ölçüde engellemeye kalkan her kişi ateşle oynamakatadır. Böylece; hem Türk hemde Almanlar arasında kontrol edilemeyecek milliyetçi tavırların taban bulmasına sebep olacak ve zamanla her iki taraf arasında anlamsız sosyal çatışmalar doğurucak, sosyal bir patlayıcı madde yığılıp duruyor.

Yabancı demokratik işçi örgütleri arısında en büyüğü ve Federal Almanya'daki Türk işçilerinin 65 mahalli derneğini bağrında toparlamış tek birlik örgütü olarak, çözümünün alman halkına da yararının dokunacağı, böylesi ortaklaşa ve hassas bir sorunun çözümüne fülen katılma isteğinde ve yeteneğinde olduğumuzu göstermek istiyoruz.

Eğitim alanındaki çalışmalarına bir giriş olarak, FİDEF, Federal Almanya Cumhuriyeti'ndeki Türk çocuklarının durmu üzerine bir EĞİTİM KURULTAYI düzenlemiştir.

Tüm demokratları, sendikacıları, işçi kardeşlerimizi, anababaları, öğretmenleri ve ilgi duyan her kesi EĞİTİM KURULTAYI'na katılmaya çağırıyoruz.

FİDEF Genel Yönetim Kurulu

Eine Million ausländischer Kinder leben heute in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Darunter sind ca. 350 000 türkische Kinder. Obwohl sich ca. 190 000 davon im schulpflichtigen Alter befinden, besuchen nur ca. 125 000 die Schule. Nicht einmal ansatzweise ist die allgemeine Schulpflicht bei den ausländischen Kindern durchgesetzt worden. Unter den gegenwärtigen miserablen Bedingungen erreichen selbst nach offiziellen Schätzungen mehr als 60 % der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß nicht. Der Berufsschulbesuch liegt nur bei ca. 15 %. Einen Lehrabschluß erreicht nur 1 %. Ähnlich sieht es auch auf den höheren Schulen aus. Im Schuljahr 1974/75 besuchten von insgesamt 104 616 türkischen Schülern nur 1.827 ein Gymnasium und 1.719 eine Realschule, viele davon Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten etc. und nur in ganz geringem Ausmaß Arbeiterkinder. Bereits 1976 waren 20 % der Neugeborenen in der BRD – nämlich 130 000 – Kinder ausländischer Arbeiter und ihr Anteil hat 1977 weiter zugenommen. Untersuchungen haben ergeben, daß ihre Zahl in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird.

Es wird in der Bundesrepublik und in Westberlin auf lange Zeit einen beträchtlichen und weiter anwachsenden türkischen Bevölkerungsteil geben. Wer unseren Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung in einem Maße vorenthält, wie das heute geschieht, spielt mit dem Feuer. So wird sozialer Sprengstoff angehäuft, der chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrolliert steigern muß und der auf die Dauer zu für alle Beteiligten sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen muß.

Als größter demokratischer Ausländerverband und als einzige Einheitsorganisation türkischer Arbeiter in der Bundesrepublik, die 65 regionale Mitgliedsvereine umfaßt, wollen wir zeigen, daß wir willens und fähig sind, bei der Lösung solcher gemeinsamen brisanten Probleme mitzuwirken, was auch der deutschen Bevölkerung zugute kommen wird.

Als einen Start in die Aktivitäten im Bereich Bildungswesen wird die FIDEF einen KONGRESS zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD durchführen, zu dem wir alle Interessenten, Demokraten, Gewerkschaftler, Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich einladen möchten.

Bundesvorstand der FIDEF

CUMARTESİ VE PAZAR
11. ve 12. ŞUBAT 1978
Gesamtschule Berger Feld
Adenauerallee 110
465 Gelsenkirchen

SAMSTAG UND SONNTAG
11. und 12. FEBRUAR 1978
Gesamtschule Berger Feld
Adenauerallee 110
465 Gelsenkirchen



BERICHT zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD

Dem Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD am 11./12. Februar 1978 in Gelsenkirchen vom Bundesvorstand der FIDEF vorgelegt.

ERSCHIENEN · 4 DM · ERSCHIENEN · 4 DM · ERSCHIENEN

Inhaltsverzeichnis

Bildungsmisere türkischer Kinder

Sind die Koranschulen an allem schuld ?



Im Sommer dieses Jahres wurde in den bürgerlichen Zeitungen der Bundesrepublik sehr viel Staub wegen der sogenannten "Koran-Schulen aufgewirbelt. Auch Rundfunk und Fernsehen beteiligten sich an der Kampagne. Sogar der Kultusminister von NRW, Jürgen Girgensohn, schaltete sich ein. Was war geschehen?

Glaubt man der BILD-Zeitung, so ging es darum, die türkischen Kinder in der Bundesrepublik vor den Koranschulen zu schützen, um ihnen eine gute Schulbildung zu ermöglichen. "Wir sind besorgt um das schulische Schicksal der türkischen Kinder!" erklärte Girgensohn laut BILD vom 21.6.1977. Und BILD weiß weiter zu berichten: "Viele der Kinder gehen nicht mehr in die Schule - sie haben keine Zeit: bis zu 3 Stunden täglich lernen die 6 bis 14jährigen den Koran auswendig." Und über die Türkenkinder, die dennoch weiter zur Schule kommen, heißt es: "Die Leistungen der Schüler ließen nach. Bei vielen ist die Versetzung gefährdet."

Dies war der Tenor mehr oder weniger aller Berichte. Die Kinder gingen gezwungenermaßen in die Korankurse, sie würden dort von den Hocas geschlagen und gegen ihre deutsche Umwelt aufgehetzt, erhielten einen völlig unqualifizierten und deshalb nutzlosen Arabischunterricht, seien total überlastet und würden von ihren Hausarbeiten und sogar vom Schulbesuch abgehalten.

Tatsächlich ist diese Kritik in vielen Punkten berechtigt. Die Hocas, die die Korankurse leiten, sind in der Regel als Lehrer weder ausgebildet noch geeignet. Ihre ganze "Qualifikation" besteht darin, den Koran auf Arabisch lesen zu können und ihn ganz oder partienweise auswendig zu kennen, ohne dabei aber den Inhalt durchgehend zu verstehen. Pädagogisch nicht ausgebildet, vermitteln sie diese ansich schon zweifelhafte Fähigkeit mehr schlecht als recht an die Kinder weiter. Hinzu kommt eine politische Indoktrination im Sinne der äußersten Rechten, die nur mühsam in ein religiöses Gewand gehüllt ist. Insofern braucht es uns nicht wunder zu nehmen, daß sich seit dem Augenblick, wo sich die heute in der Türkei herrschende Rechtsregierung in die Ausbildung der Türkenkinder im Ausland einzumischen begonnen hat, die Zahl der Korankurse schlagartig erhöht hat. Überall in großen und kleinen Städten der Bundesrepublik entstehen "religiöse Vereine", die die Trägerschaft für solche Kurse abgeben - und es gibt genügend Hinweise die zeigen, daß hinter diesen Vereinen die konsularischen Vertretungen und die türkischen Arbeitsattachées stecken.

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß die Kampagne gegen die Korankurse ein breites Echo fand und zunächst von vielen fortschrittlichen Lehrern, Erziehern und Sozialbetreuern begrüßt und auch mit getragen wurde.

Schon nach kurzer Zeit allerdings wurde deutlich, daß die Sache einen Haken hat. Es zeigte sich nämlich, daß die Kampagne überhaupt nicht darauf gerichtet war, die Korankurse entweder inhaltlich zu beeinflußen oder aber einzuschränken oder gar abzuschaffen. Eilfertig stellte man fest: verbieten könne man natürlich solche Kurse nicht. Was aber noch schwerer wiegt: die türkischen Nachrichtenmedien blieben aus der Kampagne sorgsam ausgespart. Was hier über die Korankurse gesagt wurde, war offensichtlich nicht für türkische, sondern ausschließlich für deutsche Ohren bestimmt. Es ging nicht darum, die türkischen Eltern über die Nachteile dieser Kurse aufzuklären und so wenigstens den schlimmsten Auswüchsen entgegenzuwirken. Was erreicht werden sollte, war lediglich, den deutschen Lesern und Hörern ein bestimmtes, ziemlich pausales Bild von "den Türken" zu vermitteln. Dazu waren die Korankurse willkommener Anlaß.

Im weiteren Verlauf schalteten sich dann auch die Konsulate ein. Sie schlugen vor, nur noch von Konsulaten überprüfte Hocas zuzulassen. Außerdem forderten sie, selbst den Religionsunterricht der türkischen Lehrer in den Schulen kontrollieren zu können. So benutzen die Vertreter der derzeitigen Rechtsregierung die von ihnen selbst geförderten Korankurse als Vorwand, um ihren reaktionären Einfluß auf die Kinder der hier ansässigen türkischen Arbeiter weiter auszudehnen. Auffälligerweise hatten sie dabei sofort die Zustimmung der Leute, die die Kampagne gegen die "Koranschulen" von deutscher Seite aus ingang gebracht hatten.

So gesehen erscheinen die oben zitierten BILD-Meldungen in einem anderen, etwas weniger menschenfreundlichen Licht. BILD berichtet über "viele Kinder", die "nicht mehr in die Schule gehen". Wieviele es z. B. in NRW waren, sagte ungefähr zur gleichen Zeit das Statistische Landesamt von NRW: fast jeder 3. Ausländer im schulpflichtigen Alter bleibt dem Schulunterricht fern. (Nachzulesen im GEW-Organ "Erziehung und Wissenschaft" 7/77, Seite 3) Dabei handelt es sich aber keineswegs nur um Türkenkinder. Der Schulbesuch etwa bei den italienischen Kindern liegt erheblich niedriger. Kommen auch sie nicht, weil sie Korankurse besuchen? Im übrigen stellt das Statistische Landesamt fest, daß der Schulbesuch der ausländischen Kinder in den letzten Jahren nicht ab-, sondern zugenommen hat.



TÜRKENKINDER in der Bundesrepublik: Zwischen Aufklärung und Koran-Schulung (Bild: FR-Archiv)

Er lag also vorher noch niedriger. Soll man daraus schließen, daß sich die Zunahme der Korankurse auf den Schulbesuch positiv ausgewirkt hat? Natürlich nicht. Aber ebenso unsinnig ist es, den niedrigen Schulbesuch mit der Existenz der Korankurse zu begründen. Tatsache ist: die Kultusbehörden der Bundesrepublik haben es in mehr als 20 Jahren immer noch nicht fertig gebracht, die Schulpflicht für die Kinder der ausländischen Arbeiter in diesem Land auch nur annähernd durchzusetzen. Dies ist ein Skandal, der auch dadurch nicht besser wird, daß man versucht, ihn hinter dem Treiben einiger Hocas zu verstecken.

Das gleiche gilt für die angebliche Sorge um die Leistungen der türkischen Kinder, die die Schule besuchen. Bis heute haben sich die zuständigen Stellen kaum Gedanken darüber gemacht, wie denn die ausländischen Kinder hier in der Bundesrepublik zum Schulerfolg kommen sollen. Es gibt keine spezifische Lehrerausbildung und keine Lehrbücher, die auf die speziellen Schwierigkeiten der Kinder eingehen. Die meisten türkischen Schüler verfügen nicht einmal über ein Deutsch/Türkisches Wörterbuch. Die Lehrpläne, nach denen angeblich unterrichtet werden soll, sind nicht einmal auszugsweise in die Sprachen der ausländischen Lehrer übersetzt. So gibt es Mängel über Mängel und das Scheitern der ausländischen Schüler ist in der Weigerung der Kultusbehörden, sich mit den Problemen ersthaft auseinanderzusetzen, bereits vorprogrammiert. Dementsprechend schaffen ca. zwei Drittel der ausländischen Arbeiterkinder bis heute nicht einmal den Hauptschulabschluß. Viele Türkenkinder gehen nach der 5., 6. oder 7. Klasse ab.

Dies alles mit den Koranschulen erklären zu wollen, ist der Gipfel des Zynismus. Die Tatsachen liegen wohl eher anders herum: eben weil die schulische Situation für die ausländischen Arbeiterkinder so miserabel ist und weil sie darüber hinaus in vielen Städten von jedem weiteren kulturellen Angebot ausgeschlossen sind, können die Korankurse bei türkischen Kindern und Jugendlichen einen gewissen Einfluß gewinnen. Diese Kinder sind nicht überlastet, sondern unausgefüllt und suchen nach einer Orientierung. Ein Zeichen dafür, daß dies so ist, ist etwa die Tatsache, daß der Besuch der Korankurse in den Sommerferien vorübergehend enorm zunahm, weil die Kinder während dieser Zeit nicht einmal die Möglichkeit hatten, zur Schule zu gehen. Der einzige Schluß, der hieraus zu ziehen ist ist der, daß man den ausländischen Arbeiterkindern endlich genügend Möglichkeiten zu sinnvoller kultureller Betätigung geben muß.

Übrigens ist die Kampagne gegen die Korankurse wohl nicht zufällig in diesem Sommer vom Himmel gefallen. Ihr Hauptschauplatz war Nordrhein-Westfalen, wo es dem Kultusministerium darum ging, einen neuen Erlaß zur Beschulung ausländischer Kinder nun auch in der Praxis durchzusetzen. Kernstück dieses Erlaßes ist die Möglichkeit, die ausländischen Arbeiterkinder für 6 Schuljahre in segregierte Klassen zu verbannen, so daß die deutschen Klassen einigermaßen "ausländerfrei" gehalten werden können. Gegen diese Apartheid-Politik gibt es in den Schulämtern der Städte erheblichen Widerstand. Offenbar erschien es reaktionären Bildungspolitikern wie der Rektorin Renate Irskens aus Duisburg, Mitglied der Richlinienkommission für ausländische Kinder, geraten, diese Auseinandersetzung hinter der Nebelwand einer Scheinkampagne gegen die "Koranschulen" verschwinden zu lassen.

KOMMENTAR

aus: Federal Almanya Postası
(Türkische Zeitung der FIDEF)
Februar 1978



Vor dem Arbeitsamt: „Sie haben keine Arbeit, dafür aber leben Sie in der freien Welt und können sich frei jeden Beruf wählen!"
(Zeichnung: Jean Effel)

Nachdem sich die Lage der türkischen Kinder in der BRD in den letzten Jahren katastrophal verschlechtert hat, diskutiert man endlich darüber. Die Verantwortlichen dieser Katastrophe, die Regierenden hierzulande und in der Türkei versuchen jetzt, sich aus der Affäre zu retten, das Problem zu verschleiern und zu verharmlosen.

Der Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD ist eine Antwort auf diese Haltung. Er bedeutet, daß die türkischen Arbeiter die hoffnungslose Lage, in die ihre Kinder getrieben worden sind, begreifen, die Verantwortlichen erkennen. Sie sind entschlossen nicht weiter zu dulden, daß mit dem Schicksal ihrer Kinder gespielt wird. Der Kongreß ist ein Wegweiser für diejenigen, die für diese miserable Lage der ausländischen Kinder verantwortlich sind. Der Kongreß ist ein Wegweiser auf die richtigen Lösungswege.

Die Einberufung des Kongresses ein Jahr nach der Gründung des Einheitsverbandes der türkischen Arbeiter, der FIDEF, ist gleichzeitig ein Symbol für das Bewußtsein und einheitliche Handeln der türkischen Arbeiter. Der Kongreß ist einer der wichtigsten Schritte für die Handhabung einer der brennensten Fragen unserer Kinder. Je stärker die Einheit unserer Arbeiter gefestigt, je mehr sie erweitert wird, um so besser werden wir in die Lage versetzt, gerade in der Lösung der schulischen Fragen einen gebührenden Beitrag zu leisten.

Daß gerade FIDEF diesen Kongreß einberufen hat, ist kein Zufall. Der Grund dieser Entwicklung ist in der Richtigkeit der Forderungen zu finden, die FIDEF seit der Gründung erfolgreich vertritt. In diesem Sinne ist der Kongreß eine gebührende Antwort auf alle Versuche, die Einheit der türkischen Arbeiter zu verhindern.

Sowohl in der Einberufung, als auch in der Organisation des Kongresses besteht kein Grund zur Unruhe oder Verärgerung, besonders seitens der Personen oder Organisationen, die für die Interessen der arbeitenden Menschen eintreten. Im Gegenteil: Jeder der für die Interessen der arbeitenden Menschen eintritt, muß den Kongreß als Eigeninitiative der ausländischen Arbeiter begrüssen und unterstützen, damit er erfolgreich wird und gute Früchte trägt.

Wie im Aufruf zum Kongreß betont wird, ist dieser Kongreß ein ernster, konkreter Anfang in diesem Bereich. Und zwar der erste Schritt. Jetzt sehen sich alle Arbeiter, Eltern, Lehrer und demokratischen Massenorganisationen mit der Aufgabe konfrontiert, sich dieser Problematik organisiert und programmatisch anzunehmen.

Erziehung und Wissenschaft
GEW im DGB, Ausgabe Berlin, 8/77
November 1977

AUSLÄNDISCHE SCHÜLER

*„Der Artikel Ausländische Kinder in E. & W. 7/1977 entspricht nicht der Position des DGB und der GEW.
Wir veröffentlichen den Antrag des Hauptvorstandes der GEW-Bund B 40 auf dem Gewerkschaftstag in Mannheim. ‚Abdruck B 40'."*

Antragsteller: Hauptvorstand

B 40 „Kinder ausländischer Arbeitnehmer an unseren Schulen"

1. Die heute bereits erkennbaren bildungs- und beschäftigungspolitischen Probleme, die sich für die Bundesrepublik aus dem seit 15 Jahren ständig steigenden Anteil ausländischer Arbeitnehmer an der Gesamtbevölkerung ergeben, zeigen für die Zukunft gefährliche gesellschaftspolitische Konsequenzen an, wenn nicht umgehend längst überfällige politische Entscheidungen getroffen und entsprechende Maßnahmen zur Integration der ausländischen Mitbürger eingeleitet werden.
Die heutige Massierung des Problemes ist die Spätfolge einer seit 1955 eingehaltenen Praxis, die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik als vorübergehendes Phänomen anzusehen und darum nur partielle und provisorische Lösungen für sichtbar werdende gesellschaftspolitische Schwierigkeiten vorzusehen. Die Kinder und Kindeskinder der ausländischen Mitbürger aber werden sich nicht mit der Rolle eines neuen Subproletariats in unserer Gesellschaft zufriedengeben, sie werden ihre Ansprüche an Bildung, Beruf und gesellschaftliche Anerkennung nicht mehr länger — wie ihre Eltern — an den Möglichkeiten in ihren Heimatländern, sondern an den Chancen ihrer deutschen Kollegen und Nachbarn messen.

Zur Situation

2. Innerhalb eines Jahrzehnts — zwischen 1965 und 1975 — hat sich die Zahl der ausländischen Schüler in unseren Schulen mehr als verzehnfacht; 1975/76 betrug sie 385 275. In Ballungsgebieten sind heute 30 bis 40 Prozent der Schulanfänger Ausländer.
Die Zahl der schulpflichtig werdenden Kinder wird in den nächsten Jahren noch erheblich steigen: Der Anteil der neugeborenen Kinder ausländischer Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Geburten ist zwischen 1965 und 1975 von 3,6 Prozent auf 20 Prozent gestiegen. Allein in den Jahren seit 1970 sind in der Bundesrepublik insgesamt 600 000 Ausländerkinder geboren worden. In den nächsten zehn Jahren muß mit mehr als einer Million weiterer Geburten ausländischer Kinder gerechnet werden.

3. Diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß des Problems und die Notwendigkeit einer qualitativen und quantitativen Einbeziehung der ausländischen Arbeiterkinder in die Bildungsplanung. Dies gilt um so mehr, zumal bereits heute zwei Drittel der ausländischen Schüler den Hauptschulabschluß nicht erreichen.

FORDERUNGEN

Zielsetzungen

4. „Gleichheit der Bildungschancen" gehört zu den Grundforderungen des DGB. Diese Forderung gilt auch für die Kinder der ausländischen Arbeiter. Das bedeutet, daß die Bildungsplanung für die ausländischen Kinder ihre besonderen Voraussetzungen zu berücksichtigen hat, wenn diesen Kindern ermöglicht werden soll, in gleichem Maße wie deutsche Kinder zu den verschiedenen deutschen Schulabschlüssen zu gelangen. Für Kinder ausländischer Arbeiter setzt Chancengleichheit im Bildungsbereich zumindest voraus, daß den Kindern besondere Förderungsmaßnahmen zusätzlich und parallel zum Regelunterricht gesichert werden.

5. Grundsätzlich gilt: ausländische Kinder werden in Regelklassen gemeinsam mit den deutschen Kindern unterrichtet und erhalten zusätzlich einen festgelegten Unterrichtsanteil in ihrer Muttersprache. Der gesamte Unterricht wird inhaltlich und organisatorisch nach einem einheitlichen Konzept durchgeführt. Er findet ausschließlich unter deutscher Schulaufsicht statt.

Vorschule und Einschulung

6. Alle ausländischen Kinder haben ein Anrecht darauf, gemeinsam mit deutschen Kindern kostenlos an der Elementarerziehung (Kindergarten, Vorschule) teilzunehmen.
Die ausländischen Eltern müssen verstärkt über die Bedeutung des Kindergartens für die Bildungschancen ihrer Kinder in der Bundesrepublik informiert werden. Besondere Bedeutung für die ausländischen wie für die deutschen Kinder kommt im Kindergarten der Einsatz von deutschen und ausländischen Erziehungspersonen zu.

7. Ausländische Kinder, die an der Elementarerziehung nicht teilnehmen konnten, müssen in mehrmonatigen Vorlaufgruppen auf den Schuleintritt vorbereitet werden; diese Regelung gilt nur in Ausnahmefällen.

Vorbereitungsklassen

8. Kinder, bei denen nachgewiesen wird, daß ihre Deutschkenntnisse zur Teilnahme am Unterricht der Regelklassen nicht ausreichen, werden in Vorbereitungsklassen unterrichtet. Für Schulanfänger wird diese Möglichkeit nur ausnahmsweise und nach eingehender Prüfung angewandt.

9. Vorbereitungsklassen vermitteln maximal zwei Jahre „Deutsch als Zweitsprache" und bereiten dabei gleichzeitig auf die Inhalte der entsprechenden deutschen Regelklassen vor. Es sind geeignete Formen zu entwickeln, den Unterricht in der Vorbereitungsklasse einschließlich des Sprachunterrichts zweisprachig zu gestalten.

10. Die Schülerzahl in den Vorbereitungsklassen darf 15 nicht überschreiten; ab acht Schülern muß eine Vorbereitungsklasse eingerichtet werden. Das Angebot an Fächern und Unterrichtsstunden hat denen der vergleichbaren deutschen Regelklasse zu entsprechen.

11. In den einzelnen Vorbereitungsklassen sind Kinder aus höchstens zwei Jahrgangsstufen und nur einer Nationalität zu unterrichten. Diese Vorbereitungsklassen dürfen jedoch nicht den Charakter eigenständiger Nationalschulen annehmen.

Mutterspradhunterricht

12. Der Muttersprachunterricht hat die Aufgabe, die Muttersprache der Kinder zu erhalten und zu entwickeln. Dieser Unterricht muß den Kriterien des Muttersprachunterrichts für deutsche Kinder genügen.

13. Der Muttersprachunterricht ist zusätzliches Pflichtfach. Sein Anteil beträgt fünf Stunden pro Woche. Er ist im Stundenplan integriert, wird im Zeugnis als Unterrichtsfach einbezogen und anerkannt und steht unter deutscher Schulaufsicht.

14. Für den Muttersprachunterricht sind während der gesamten Schulzeit geeignete Unterrichtsangebote zu gewährleisten. Dazu sind entsprechende Curricula und Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.

15. Zur Vermittlung von Wissen über das Heimatland sind während der gesamten Schulzeit geeignete Unterrichtsangebote zu gewährleisten. Auch hierzu sind entsprechende Curricula und Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.

16. Die für dieses Unterrichtsangebot erforderlichen Lehrerstunden sind bereitzustellen und notwendige Curricula zu entwickeln.

17. Auch für spezielle Fördermaßnahmen, welche auf die Bedürfnisse der ausländischen Kinder in der deutschen Regelklasse eingehen, sind zusätzliche Lehrerstunden pro Woche zur Verfügung zu stellen. Die Durchführung dieser Förderstunden ist in jedem Falle sicherzustellen.

18. Neben dem Berufsschulunterricht wird den in den Berufsschulklassen integrierten ausländischen Jugendlichen weiter muttersprachlicher Unterricht angeboten.

Für alle Fördermaßnahmen in Kursen oder in zusätzlichem Unterricht sind Gruppenstärken von 10 bis 15 Jugendlichen anzustreben. Deutsche Lehrer sind für die Bildungs- und Erziehungsarbeit bei berufsschulpflichtigen Ausländern durch die Lehrerfortbildungsmaßnahmen besonders vorzubereiten. Dabei ist ein Schwerpunkt darin zu sehen, deutsche Lehrer zu befähigen, sich mit den ausländischen Jugendlichen in deren Muttersprache verständigen zu können. An jeder Berufsschule soll möglichst für die Heimatsprache jedes der Hauptentsendeländer ein Lehrer zur Verfügung stehen. Außerdem müssen an Berufsschulen für die Betreuung der Ausländer Sozialarbeiter eingesetzt werden.

Abschlüsse

19. Die ausländischen Arbeiterkinder sollen die in der Bundesrepublik und in vollwertiger Form erreichen. Die Anerkennung dieser Abschlüsse ist durch Kulturabkommen zu sichern.

Ausländische Lehrer — Lehrerausbildung

20. Ausländische und deutsche Lehrer sind prinzipiell gleichzustellen. Dies setzt voraus, daß die deutschen Behörden mit ausländischen Lehrern langfristige Verträge abschließen und diese dadurch ausschließlich der deutschen Schulaufsicht unterstellt werden.

21. An deutschen Hochschulen ist ein Studiengang einzurichten, der auf die Unterrichtung ausländischer Kinder vorbereitet. Entsprechende Studienangebote betreffen die Bereiche „Deutsch als Zweitsprache", „Muttersprachunterricht" und „Wissen über das Herkunftsland".
Die nach diesem Studiengang ausgebildeten Lehrer sind bevorzugt einzustellen; für die ausländischen Hochschulabsolventen dieses Studienganges sind die rechtlichen Voraussetzungen zur Absolvierung der zweiten Ausbildungsphase zu schaffen.

22. Die Fort- und Weiterbildung der Lehrer ist sicherzustellen; dabei ist im Vergleich zu deutschen Lehrern von höheren Aufwendungen bei ausländischen Lehrern auszugehen.

23. Die Wahrnehmung von Ausbildungsangeboten durch ausländische Lehrer ist mit zusätzlicher beruflicher Absicherung zu verbinden. Die Fortbildung der ausländischen Lehrer als Vorbereitung für ihre schulische Tätigkeit in der Bundesrepublik erfolgt in Zusammenarbeit mit den deutschen Hochschulen.

Lehr- und Lernmittel — Lehrpläne — Richtlinien

24. Für alle Unterrichtsfächer, besonders für die Bereiche „Deutsch als Zweitsprache", „Wissen über das Herkunftsland" und „Muttersprachunterricht" sind Medien und Schulbücher bereitzustellen, die den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen nationalen Gruppen entsprechen.

25. Alle Schulbücher unterliegen dem allgemeinen Genehmigungsverfahren.

26. Auf wissenschaftlicher Grundlage sind Lehrpläne und Richtlinien zu erstellen und für Weiterentwicklung offenzuhalten. Hierbei sind die betroffenen Eltern und Lehrer zu beteiligen.

Elternarbeit — Schulpflicht

27. Die Zusammenarbeit der ausländischen Eltern mit den deutschen Eltern muß verstärkt angestrebt und gefördert werden. Ihre ständige Information ist sicherzustellen.

28. Die Einhaltung der Schulpflicht aller in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin lebenden ausländischen Kinder ist von den verantwortlichen Behörden durchzusetzen.
Um die Interessen der ausländischen Lehrer, Kinder und ihrer Eltern im obigen Sinn vertreten zu können, fordert die GEW ein Mitspracherecht im Ständigen Gemischten Ausschuß für Bilaterale Kulturabkommen.



ZUM INTERNATIONALEN KINDERTAG
von Nazim Hikmet

Wir wollen ihnen den Erdball schenken,
wenigstens für einen Tag,
daß sie damit spielen können
wie mit einem bunten Luftballon,
spielen und singen unter den Sternen.

Laßt uns den Kindern den Erdball schenken
wie einen runden Apfel oder ein warmes Brot,
daß sie satt werden können,
wenigstens für einen Tag.

Den ganzen Erdball sollen sie haben,
daß sie,
wenigstens für einen Tag,
kennenlernen, was Freundschaft ist.

Später werden sie uns das Land
ohnehin aus den Händen nehmen,
um unsterbliche Bäume darauf zu pflanzen.



Türkischer Arbeiterverein Düsseldorf e.V.

Der Türkische Arbeiterverein in Düsseldorf e.V. besteht seit 1974 und beschäftigt sich seit dieser Zeit mit den kulturellen und sozialen Problemen der in Düsseldorf und Umgebung lebenden und arbeitenden ca. 11.700 türkischen Arbeiter mit Familien. Der Verein versucht, zur Integration dieser Menschen beizutragen.

Der Verein hat sich u.a. die Aufgabe gestellt, Frauen und Jugendlichen aus ihrer Isolation herauszuhelfen. Dazu wurde eine Frauengruppe gegründet, die als erstes in Zusammenarbeit mit dem Familienbildungswerk einen Nähkurs organisierte. Auch bietet der Verein Frauen und Jugendlichen die Möglichkeit, in einem Folklorekurs die Tänze ihrer Heimat zu erlernen.

Weitere Aufgaben, die der Verein übernommen hat sind Übersetzungen, Sozialberatungen und Hilfe bei behördlichen und rechtlichen Angelegenheiten. Auf dem kulturellen Bereich werden Seminare und Filmvorführungen durchgeführt.

Der Verein benötigt dringend finanzielle Hilfe und Mitarbeit auch der deutschen Kolleginnen und Kollegen, um die genannten Tätigkeiten weiterhin erfolgreich durchführen zu können.

Ein Bericht von M. Baysal
(Sekretär)

ÜBT SOLIDARITÄT !

ABONNIERT

DIE ZEITUNG DER

FIDEF

PRESSESPIEGEL

In dieser Ausgabe geben wir einen Überblick der in den letzten 5 Monaten vor dem "Kongreß zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD" erschienenen Veröffentlichungen.

Der Inhalt der Artikel stellt nicht in jedem Fall die Meinung der FIDEF dar.

Buersche Zeitung, Gelsenkirchen-Buer, 12.9.1977

Förderung für Türken in zwei Sonderklassen

Gelsenkirchen. Befürwortet wird durch den Schulausschuß des Rates die vom Schulverwaltungsamt angeregte Einrichtung von zwei Sonderklassen für geistig und lernbehinderte türkische Kinder. Ziel dieser beispielhaften Initiative ist, langfristig die Integration in bestehende deutsche Klassen. Eine Förderung beider Gruppen in den sogenannten Vorbereitungsklassen für Ausländerkinder ist nach Ansicht von Fachleuten schon wegen völlig unzureichender Deutschkenntnisse ausgeschlossen. Wie berichtet, werden geistig behinderte Türken in der Sonderschule an der Heinrichstraße zusammengefaßt. Für lernbehinderte Türken wird voraussichtlich im Raum Rotthausen eine Sonderklasse gebildet, da etwa acht der für diese Klasse in Frage kommenden 24 Kinder in diesem Ortsteil wohnen. Der Schulausschuß befürwortete ferner, die Bereitstellung von Fahrtkosten in Höhe von 15 000 DM in diesem und von 34 000 DM im nächsten Jahr, die durch die Einrichtung der beiden Sonderklassen entstehen.

Hellweger Anzeigen 12.9.1977

Nur 60 Prozent der jungen Gastarbeiter erreichen Schulabschluß

Traurige Bilanz: Rund 60 Prozent der Gastarbeiter-Schüler (zur Zeit etwa 450 000) erreichen den Hauptschulabschluß nicht. Das Bundesarbeitsministerium spricht in diesem Zusammenhang von einem „sozialen Zündstoff mit Zeitzünder" und dem Entstehen eines „neuen Subproletariats". Deshalb hat die Bundesregierung jetzt einen mit 500 000 Mark ausgestatteten Berufsförderungsplan ausländischer Jugendlicher vorgelegt: Viermonatiger Intensivkurs in deutscher Sprache und Allgemeinbildung plus einjähriger Berufsförderlehrgang, der zu einer ordentlichen Lehrausbildung führen soll.

Westfalen Blatt, Bielefeld, 21.9.1977

Die zweite Generation braucht kräftige Hilfen

Wenn Ausländer hier bleiben wollen

Bielefeld (WSD). Zusätzliche fachliche Hilfen müssen solchen Ausländerfamilien geboten werden, die voraussichtlich in der Bundesrepublik bleiben werden. Der Sozial- und Wohnungsausschuß schloß sich gestern einem Dringlichkeitsantrag des Ausländerbeirates an, zwei Sozialarbeiterstellen zu schaffen mit dem erklärten Ziel, Ausländerfamilien über Notwendigkeit und Möglichkeiten des Schulbesuchs für ihre Kinder zu informieren und auch darauf zu achten, daß mangelndes Verständnis nicht dazu führt, Kinder ständig vom Schulbesuch fernzuhalten.

Das Problem der zweiten Generation muß auch in Bielefeld verstärkt gesehen und angepackt werden, will man nicht, daß eine unzufriedene Generation mit nur kümmerlichen Lebensmöglichkeiten heranwächst.

Anwerbestopp und Arbeitslosigkeit haben auch unter den Ausländern zu einer gewissen Konsolidierung geführt: Immer stärker tritt die Zahl derjenigen hervor, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Die Beziehung zur Heimat geht damit verloren oder entsteht bei der zweiten Generation erst gar nicht. Eine ausreichende Integration in der neuen Heimat ist bisher nur bei den wenigsten erfolgt.

Vorgesehen sind der Aufbau von Selbsthilfegemeinschaften, die Heranführung an Kindergärten und Aufklärung über Schulsysteme, Motivierung zur Mitarbeit in den Elterngremien, Bildungsberatung und Heranführung an die bestehenden Angebote, Einzelhilfen, Unterstützung der ausländischen Sozialbetreuer sowie Jugendgerichtshilfe.

Generalanzeiger für Bonn, 21.9.1977

Lehrermangel verhindert bessere Schulung der Ausländer-Kinder

100-Seiten-Bericht des Schulamtes – Heute Diskussion

(pp) Über hundert engbeschriebene Seiten umfaßt der Bericht des Schulamtes der Bundeshauptstadt über die Situation von Schulkindern ausländischer Arbeitnehmer, der heute auf der ersten Sitzung des Schulausschusses zur Diskussion steht. Auf Empfehlung des Schulausschusses vom 22. September 1976 hatte der Hauptausschuß in seiner Sitzung vom 2. November 1976 die Verwaltung beauftragt, dem Schulausschuß so bald wie möglich eine Fortschreibung des ersten umfassenden Berichtes vorzulegen, der 1974 vorgelegt worden war.

Nachdem die Zahl ausländischer Arbeitnehmer nach der Raumordnung zunächst weiter angewachsen war, ergab sich auch in Bonn infolge der wirtschaftlichen Rezession ein Rückgang. Demgegenüber zeigt der Bericht aber ein weiteres Anwachsen der Zahl ausländischer Kinder, was von der Verwaltung durch verstärkte Familienzusammenführung und den überdurchschnittlich hohen Geburtenanteil ausländischer Familien erklärt wird.

Von 1969 bis zum Schuljahr 76/77 wuchs die Zahl ausländischer Kinder in Bonn um das Viereinhalbfache. Auffallend ist die Tatsache, daß die Zahl weiter ansteigt, allein von 1975 auf 1976 um zehn Prozent. Die stärkste Zunahme ist bei der kleinen Gruppe der Portugiesen festzustellen. Ebenfalls stark zugenommen hat die Gruppe der türkischen Kinder, die in absoluten Zahlen die größte Gruppe darstellen. An Bonns Grund-, Haupt- und Sonderschulen wurden im letzten Schuljahr 394 Türken, 281 Spanier, 268 Italiener, 138 Griechen, 68 Portugiesen und 66 Jugoslawen registriert.

Bei der schulischen Betreuung der Ausländerkinder konnten in Bonn bisher erfreuliche Ergebnisse erzielt werden. So erreichten zwei Drittel einen Hauptschulabschluß (Bundesdurchschnitt: ein Drittel). Zu diesem Erfolg trug unter anderem die Tatsache bei, daß 45 v. H. aller ausländischen Kinder vom Bonner Kindergartenangebot Gebrauch machten und daher relativ viele Kinder schon früh in die deutsche Ausbildungsszene hineinwachsen. Das bewirkt dann auch den hohen Anteil (70 v. H.) von Kindern, die die Normalklassen an deutschen Schulen besuchen. 30 v. H. besuchen Vorbereitungsklassen.

Entsprechend dem Bedarf konnte bisher auch der muttersprachliche Unterricht erteilt werden. Schließlich trug zum relativ guten Abschneiden ausländischer Kinder die Einrichtung von Silentien bei, die von der Stadt finanziert werden.

Gerne möchte man die Situation weiter verbessern, doch reicht das Angebot an Lehrerstellen nicht aus, insbesondere für Fördermaßnahmen und muttersprachlichen Unterricht.

Harburger Anzeigen und Nachrichten,
Hamburg-Harburg, 21.9.1977

Für Türken: Deutsch als Fremdsprache

Erste nationale Übergangsklasse in Harburg

In der Volksschule Grumbrechtstraße erhielt bei der Einschulung eine der drei ersten Klassen zwei Klassenlehrer: Neben dem deutschen Lehrer Helmar Großkopf unterrichtet in dieser Klasse künftig auch der türkische Lehrer Veysel Özkaradumann. Es handelt sich um die erste nationale Übergangsklasse in Harburg, die von 25 türkischen Jungen und Mädchen besucht wird. Unterrichtssprache ist für diese Schulanfänger die türkische Sprache, später ist ein Übergang der Schüler in die normalen deutschen Klassen vorgesehen.

Grund für die nationale Übergangsklasse ist der ständig wachsende Anteil türkischer Arbeitnehmer im Einzugsgebiet der Schule Grumbrechtstraße. „Bei uns wurden neben 57 deutschen Kindern auch 21 türkische Kinder zur Schule angemeldet", erklärt Schulleiterin Ilsemarie Schaaff. Ein derart hoher Ausländeranteil hätte jedoch bei der üblichen Aufteilung der Schüler beträchtliche Schwierigkeiten mit sich gebracht.

Deshalb nahm man noch einige türkische Schulanfänger aus dem Bereich der Schule Woellmerstraße und bildete eine rein türkische Übergangsklasse. Insgesamt wurden jetzt im Rahmen der Ausländerpolitik des Hamburger Senats neun nationale Übergangsklassen für Türken und Griechen in Hamburg geschaffen. Zwei türkische Übergangsklassen erhielt auch die Volksschule Fährstraße in Wilhelmsburg. Um auch die Probleme der älteren Ausländerkinder zu mildern, eröffnete die Schulbehörde außerdem vier zweisprachige Vorbereitungsklassen für die Klassenstufe sieben.

„Die ausländischen Kinder sollten möglichst früh an die deutsche Sprache herangeführt werden", erklärt Schulleiterin Schaaff. Da viele türkische Familien zu Hause nur ihre Muttersprache verwenden, empfiehlt sich die Aufnahme der Kinder in den Schulkindergarten.

Je besser die deutsche Sprache beherrscht wird, um so besser gelingt die Integration in die deutsche Umwelt. Auf der anderen Seite sollen die Kinder jedoch ihrem Herkunftsland nicht entfremdet werden.

Dem dient der Unterricht in türkischer Sprache. Die Lehrpläne wurden – so weit wie mögich – zwischen der Türkei und der Schulbehörde abgestimmt. Deutsch wird als Fremdsprache unterrichtet. Veysel Özkaradumann, der türkische Lehrer, hat bereits in Cranz mehrere Jahre lang türkische Kinder unterrichtet. Der Versuch mit den nationalen Übergangsklassen soll zunächst einmal zwei Jahre laufen: Wer die deutsche Sprache hinreichend beherrscht, geht in die deutsche Parallelklasse über.

Eine völlige Isolierung soll vermieden werden

Damit die türkische Klasse nicht völlig isoliert ist, gibt es im Sport und den musischen Fächern von Anfang an sogenannten Integrations-Unterricht. „Wöchentlich sind das vier Stunden", berichtet die Schulleiterin. In diesen Unterrichtsstunden werden gemischte deutsch-türkische Gruppen gebildet.

Dafür hat die Schule Grumbrechtstraße zusätzliche Lehrerstunden erhalten. Auch für die Versorgung der Übergangsklasse mit Lehrmitteln wurden zusätzliche Anschaffungen bewilligt.

Die türkische Übergangsklasse wurde auf freiwilliger Basis gegründet: Kinder mit ausreichenden Deutschkenntnissen können auch die normalen Klassen besuchen. „Die meisten Eltern wollten ihre Kinder jedoch in die Übergangsklasse schicken", betont Schulleiterin Schaaff. Jetzt kommt es der Schule darauf an, auch weiterhin guten Kontakt zu den türkischen Eltern zu halten.

Auch die deutschen Eltern sind froh über die Einrichtung der Übergangsklasse. Bei einem Anteil von mehr als einem Drittel türkischer Kinder in den Grundschulklassen, hätte es auch für die deutschen Kinder Probleme geben können. Auch wenn die Türken – wie bisher üblich – zusätzlichen Deutschunterricht erhalten hätten, wäre es für den Lehrer schwierig geworden, es allen Kindern gleichzeitig recht zu machen. Elternratsvorsitzender Arnold Reißmann: „Wir sind sehr glücklich darüber, daß wir diese Klasse erhalten."

GEW kritisiert: Muttersprachlicher Unterricht „katastrophal schlecht"

Gegen „Änderungskündigungen" für ausländische Lehrer – Pflichtfach?

(pp) Als „empörend" hat Ulla Morr, stellvertretende Vorsitzende der Bonner GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), die Haltung des Bonner Schulrats Albert Balduin bezeichnet, der, wie berichtet, die Kritik der GEW an den „Änderungskündigungen" für ausländische Lehrer „völlig verfehlt" genannt hat. Stundenkürzungen bei ausländischen Kollegen sind nach Ansicht der Bonner GEW so lange unverantwortlich, wie der muttersprachliche Unterricht für Ausländerkinder „katastrophal schlecht" ist.

So erhalte nur ein Drittel aller italienischen Schüler in Bonn Unterricht in ihrer Muttersprache. In Bonn-Nord, Bonn-Mitte, in Duisdorf und Godesberg-Mitte werde Italienisch für Gastarbeiterkinder überhaupt nicht angeboten. In den übrigen Gebieten werden nach Darstellung der GEW die Jahrgänge 1 bis 9 in einer Klasse zusammengefaßt. „Solche Lernbedingungen, die weit unter Zwergschulniveau liegen, werden keinem deutschen Kind mehr zugemutet", stellt Ulla Morr fest und bemerkt: „Da ist es kein Wunder, daß viele italienische Kinder dem Unterricht einfach fernbleiben."

Zwar sei der muttersprachliche Unterricht derzeit nur Angebotsfach, doch sollte nach Ulla Morr jeder verantwortliche Schulpolitiker oder Schulrat darauf hinwirken, daß er Pflichtfach werde. Die GEW begrüßt zwar die Integration von Gastarbeiterkindern in deutsche Schulklassen, fordert aber andererseits, daß der Erhalt der Muttersprache der ausländischen Kinder zum Bestandteil ihrer allgemeinen Ausbildung gemacht wird. Die Vernachlässigung der Muttersprache zerstöre auf die Dauer das für den Schüler problemloseste Mittel der Information und Selbstverständigung.

Generalanzeiger für Bonn, 24.9.1977 

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Oberhessische Presse, Marburg, 24.9.1977 



Besondere Aufgaben ohne besondere Ausstattung

Zu wenig Lehrer – hoher Anteil an Ausländer-Kindern

Stadtallendorf (gx). Große Sorgen bereitet den Eltern von Schülern der Grundschule II in Stadtallendorf die Unterrichtssituation ihrer Kinder: Nach Mitteilung von Schulleiter Rektor Ernst Guba müssen 116 Pflichtstunden des „geschuldeten Unterrichts" ausfallen. Mangelhafte Abdeckung des Lehrer-Bedarfs, die besondere Situation der Grundschule II, die einen besonders hohen Anteil an Ausländer-Kindern hat, werden als die Hauptgründe genannt, die für die Sprecher des Elternbeirats Gerlinde Weitzel und Dr. Dietmar Rentsch (Elternvertreter für die ausländischen Kinder) zu dem Schluß führen, daß Versprechungen des Kultusministeriums und Zusagen der Schulbehörde „in keiner Weise erfüllt worden sind".

Unverständlich ist dabei für die Elternvertreter die Tatsache, daß zum Ende des letzten Schuljahres zwei Lehrkräfte entlassen wurden, für die es jetzt keinen Ersatz gibt. Und das obwohl der Schulbehörde bekannt war, daß eine weitere Lehrkraft in Mutterschutz-Urlaub geht, dadurch eine 4. Klasse ab Mitte Oktober ohne Lehrer ist. Schulleiter Guba ist das nicht ganz so unverständlich: Berichte über die Neueinstellung von 1700 Lehrern in Hessen seien „nicht ganz echt"; denn das sei eher eine Umschichtung: Man habe vorher genauso viele entlassen.

Die Berechnung der Schüler-Lehrer-Relation liegt nach Guba ohnehin im Argen. Das Kultusministerium gehe aus von dem Berechnungs-Grundsatz: Schülerzahl geteilt durch 30 ergibt Lehrerzahl. Das gehe noch zurück auf die alte Stundentafel. Die neue Stundentafel verlange mehr. So sei bei 19 plus einem Lehrer für Sprachen der Lehrerbedarf der Grundschule II nach der alten Rechnung bei 612 Schülern gedeckt, nach der neuen aber nur zu 84 Prozent, was nach der neuen Stundentafel zu 116 Fehlstunden führe.

Auch räumlich bringt die neue Stundentafel die Grundschule II noch mehr ins Gedränge: Sie sieht drei Sportstunden pro Klasse vor. Das ergäbe 63 Sportstunden in der Woche. Wegen der immer noch fehlenden Turnhalle kommt die Grundschule II aber nur auf 20 Hallenstunden, in die das Hallenbad bereits mit einbezogen ist.

Besonders unverantwortlich finden die Elternvertreter diese Situation in Anbetracht der besonderen Aufgaben, die an der Grundschule II erfüllt werden müssen. In den drei Schulen (Südschule, Waldschule, Bärenbachschule) die nur organisatorisch unter einem Dach zusammengefaßt sind, gibt es einen 25prozentigen Anteil von Ausländerkindern. Dazu kommen die Kinder von Spätaussiedlern und die Legastheniker. Sie alle erschweren durch ihre spärlichen Deutsch-Kenntnisse den Unterricht beträchtlich. Die Eltern fordern vom Schulamt, daß dem Rechnung getragen wird (nirgendwo in der Umgebung gibt es einen so hohen Ausländeranteil). Für 142 türkische Kinder in der Grundschule II (in den Anfangsklassen gibt es 36 Prozent türkische Kinder) steht z. B. nur eine Lehrerin zur Verfügung.

Dr. Rentsch sieht dabei vor allem die Integrationsprobleme, um derentwillen die Grundschule II mit Lehrkräften besser ausgestattet werden müßte: „Kinder, die jetzt miteinander leben, können auch später miteinander auskommen. Das wird aber nicht der Fall sein, wenn sie erst beim Kampf um Lehrstellen erstmals aufeinander treffen", begründet er das Erfordernis gemischter Klassen.

Das Parlament, 24.9.1977

Bessere Schulausbildung für 1,5 Millionen Gastarbeiterkinder

Unterricht auch in der Sprache und Kultur des Heimatlandes

Die Europäische Gemeinschaft (EG) wird sich verstärkt um die Ausbildung von Gastarbeiterkindern kümmern. Die EG-Minister für soziale Angelegenheiten haben eine Richtlinie beschlossen, die auf die Anpassung der schulischen Strukturen und Lehrpläne an den besonderen Bildungsbedarf der Gastarbeiterkinder abzielt. Damit ist ein weiterer wesentlicher Schritt zur Durchführung des Aktionsprogramms der EG zugunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie des ersten gemeinschaftlichen Aktionsprogramms im Bildungsbereich getan worden.

Rund anderthalb Millionen Gastarbeiterkinder besuchen zur Zeit die Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen in den neun Mitgliedstaaten. Mehr als zwei Drittel dieser Kinder kommen aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft. In den letzten Jahren gaben der große Anteil der Schulversagen unter den Gastarbeiterkindern und ihre besondere Anfälligkeit für Jugendarbeitslosigkeit Anlaß zu wachsender Besorgnis.

Die Richtlinie gilt als bindendes Recht ausschließlich für Kinder von Staatsangehörigen aus einem anderen EG-Mitgliedstaat. Die rechtliche Beschränkung erklärt sich daraus, daß die Europäischen Verträge nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten und ihre Kinder betreffen. In der anschließenden Erklärung hat der Rat allerdings seinen politischen Willen bekräftigt, zugunsten von Kindern aus Nichtmitgliedstaaten, die zwar nicht in den Geltungsbereich der Richtlinie fallen, jedoch ähnliche Schwierigkeiten haben, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

In der Richtlinie sind zwei Hauptaspekte enthalten: Sie sieht erstens vor, daß die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen treffen, damit sich die jungen Zuwanderer leichter im Gastland einleben und sich so bald wie möglich in ihrer neuen schulischen und gesellschaftlichen Umgebung entfalten können. Dies setzt vor allem Einrichtungen zur raschen Erlernung der Sprache des Gastlandes voraus. Den Gastarbeiterkindern soll ein kostenloser Einführungsunterricht in die Sprache des Gastlandes angeboten werden. Auch werden die Gastländer die erforderlichen Maßnahmen zur Ausbildung und ständigen Weiterbildung der für diese Aufgaben vorgesehenen Lehrkräfte in die Wege leiten.

Zweitens sollen die Mitgliedstaaten den Unterricht in Sprache und Kultur des Herkunftslandes der Gastarbeiterkinder fördern. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern erfolgen und mit den einheimischen Lehrplänen koordiniert werden. Die Mitgliedstaaten haben vier Jahre Zeit, um die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zu treffen.

Egon C. Heinrich

••••••••••••••••••••••••

Stuttgarter Nachrichten, 13.10.1977

GEW fordert mehr Hilfen für Ausländerkinder

STUTTGART (lsw) — Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg hat sich für eine bessere Eingliederung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer in das Schulwesen eingesetzt. Chancengleichheit für Kinder ausländischer Arbeiter im Bildungsbereich setze voraus, daß den Kindern besondere Förderungsmaßnahmen zusätzlich und parallel zum Regelunterricht gesichert werden, heißt es in einer Mitteilung der Gewerkschaft. Die GEW geht bei ihren Überlegungen davon aus, daß ausländische Kinder gemeinsam mit den deutschen Kindern unterrichtet werden und einen zusätzlichen Unterrichtsanteil in ihrer Muttersprache erhalten.

••••••••••••••••••••••••

Westfälische Rundschau, Generalanzeiger für Hagen, 4.10.1977

Die „Nationalschulen" stehen nicht zur Debatte

Langsamer Übergang für ausländische Kinder

Hagen. Energisch wehren sich die „Initiativgruppe ausländischer Eltern" und der „Griechische Initiativkreis Schule" gegen die in einer Schulausschußsitzung geäußerte Behauptung, „verschiedene Gruppen von Gastarbeitern hätten die Errichtung von Nationalschulen" gefordert. Dieser Begriff verdrehe die Tatsachen. Es sei nicht im mindestens daran gedacht, Schulen für Kinder einer Nationalität einzurichten, an der Lehrer des betreffenden Landes nach den heimischen Lehrplänen unterrichten. Solche gettoähnlichen Verhältnisse wolle man gerade vermeiden.

Was die Griechen und andere Volksgruppen wollen, ist einen allmählicheren Übergang zu den normalen Schulen. Zur Zeit besuchen ausländische Kinder zwei Jahre lang Übergangsklassen, bei denen der Unterricht zum Teil in der Muttersprache und zum Teil in Deutsch erfolgt. Nach diesen zwei Jahren werden die Kinder dann in normale Klassen übernommen. Die fehlenden Deutschkenntnisse haben zur Folge, daß im Augenblick nur rund 40 Prozent der ausländischen Kinder den Hauptschulabschluß erreichen. Sie haben deshalb kaum Chancen, eine Lehrstelle zu finden. Gerade die ausländischen Jugendlichen weisen deshalb eine enorm hohe Arbeitslosenquote auf.

Langzeit-Übergangsklassen, wie sie die Eltern fordern, wurden bereits mit großem Erfolg in Dortmund und Gelsenkirchen eingerichtet. Sie laufen an den normalen Schulen über einen Zeitraum von sechs Jahren. Dabei steigert sich der Anteil des deutschsprachigen Unterrichts ständig. Wie die Erfahrungen der anderen Städte zeigen, erreichten dort 85 Prozent (!) der Schüler den Hauptschulabschluß.

Dieser Erfolg ermunterte die ausländischen Eltern, solche Langzeit-Übergangsklassen auch in Hagen zu fordern. Denn zur Zeit verlören die Kinder nicht nur den Kontakt zur Kultur und Gesellschaft ihres Vaterlandes, ohne dafür deutsche Kenntnisse zu gewinnen, sondern sie hätten auch bei einer Rückkehr in die Heimat keine Chancen, sich dort beruflich zu qualifizieren. Den Kindern bleibe also sowohl in Deutschland als auch im Heimatland die Zukunft versperrt

Ausländerkinder sollen schrittweise Deutsch lernen

Kultusministerium diskutiert Versuchskonzept: Auch Schrift und Sprache des Heimatlandes als Schulfächer

Braunschweiger Zeitung, 20.10.1977

HANNOVER (lni) Gute Schulbildung, intensive Jugendarbeit und ein Ausbildungsplatz sind in wirtschaftlich unsicheren Zeiten und bei strukturellem Umbruch auf dem Arbeitsmarkt für Jugend und Gesellschaft wichtiger denn je. Jugendarbeitslosigkeit und die damit verbundene, oft beschworene Gefahr der Jugendkriminalität verdeutlichen die Dimension der Problematik. Um wieviel schwieriger stellt sich die Situation der Randgruppe der Ausländerkinder dar, deren Zahl allein in Hannover Anfang dieses Jahres über 5000 betrug.

Diese Kinder erleben in den meisten Fällen den Widerspruch zwischen der agrarischen Struktur ihres Heimatlandes und der fortgeschrittenen Industriegesellschaft der Bundesrepublik. Aus einem anderen Kulturkreis kommend, sind sie mit Deutschem kaum vertraut geworden und der Kultur ihres Heimatlandes entfremdet. Gibt es in Deutschland ein Erziehungskonzept, das die Integration dieser Kinder in unsere Gesellschaft zum Ziel hat, ohne daß die Reintegration der Jugendlichen in ihre Heimat aus den Augen verloren wird?

Gegenwärtig wird den ausländischen Kindern neben dem in Deutsch geführten Regelunterricht der Besuch muttersprachlicher Nachmittagskurse mit sechs Wochenstunden ermöglicht. Diese Kurse würden in starkem Maße wahrgenommen, sagte die Schulamtsdirektorin Anneliese Brader in Hannover, führten jedoch zu einer Doppelbelastung. Außerdem nehme der Bildungswille nach der fünften Klasse ab. Dies liege an der in einigen Heimatländern der Kinder kürzeren Schulpflicht.

Die aus dem Nebeneinander von Deutsch und der Muttersprache resultierende Doppelbelastung ist Thema eines Versuchskonzepts „Integrale Unterrichtsorganisation", das im Kultusministerium diskutiert wird.

Nach diesem Konzept sollen Unterrichtsmittel in den Muttersprachen nach deutschen Richtlinien erstellt werden, damit auch in den Grundschulklassen, die nach Nationen eingeteilt sind, möglichst bald mit dem Unterricht in deutscher Sprache begonnen werden kann. In einem Übergangsstadium werden Klassen aus deutschen und Kindern einer anderen Nation eingerichtet. In einigen wichtigen Fächern werden die ausländischen Schüler allerdings allein unterrichtet, damit Schrift und Sprache des Heimatlandes geübt werden. Das schrittweise Erlernen von Deutsch bei gleichzeitigem Studium der Muttersprache soll so weit führen, daß zum Ende der Schulzeit Deutsch die alleinige Unterrichtssprache wird.

Neu ist bei diesem Konzept die schrittweise Gewöhnung an das Deutsche. Die Kinder werden langsam an ihre deutsche Umwelt herangeführt, ohne daß sie durch einen plötzlichen Einschnitt bei Eintritt in die Schule ihre Sprache und Kultur als ungewöhnlich empfinden müssen. Ihre nationale Identität soll erhalten bleiben. Im Kultusministerium hofft man, den Einfluß der von den Schulbehörden nicht kontrollierbaren, mancherorts entstandenen Koranschulen zu verringern, die — nach einer parlamentarischen Anfrage in Nordrhein-Westfalen — in den Ruch mittelalterlicher Erziehungsmethoden gekommen sind.

Nur wenn genügend Kinder gleicher Nation in der Nähe einer Schule leben, ist es möglich, die „Integrale Unterrichtsorganisation" zu verwirklichen. Kindern auf dem Lande bleiben zumeist nur die Besuche von Vorbereitungsklassen oder Intensivkursen, die in einem Zeitraum von einem, maximal zwei Jahren Deutschkenntnisse vermitteln sollen, die für den Besuch der Regelschulen ausreichen müssen. Allerdings gibt es in diesem Bereich zu wenig Sprachlabors oder mit ihnen vertraute Lehrer.

Die Welt,
Ausgabe Berlin,
26.10.1977

Rasch will reine Ausländerklassen strikt verhindern

Die Schulverwaltung wird keine reinen „Ausländerklassen" in den Schulen einrichten. Die frühzeitige Aufnahme in normale Klassen bietet die „beste und schnellste Integrations-Chance". Jede reine Ausländerklasse habe „isolierenden Charakter", heißt es in einer Untersuchung aus dem Hause von Schulsenator Walter Rasch (FDP).

Der Senator rät in seinem Bericht, der gestern den Senat passierte, „dringend" von der Einrichtung nationaler Klassen ab. Zur Zeit werden ausländische Schüler gleich in eine Normalklasse aufgenommen und erhalten nebenher zusätzlichen Deutschunterricht.

Wenn sich Vorbereitungsklassen als notwendig erweisen, bleiben die Kinder dort nicht länger als zwei Jahre. Rasch bezeichnet diese Klassen als „nicht gerade ideal", aber in jedem Falle besser als muttersprachliche Übergangsklassen.

Gegenwärtig besuchen knapp 22 000 ausländische Kinder die allgemeinbildenden Schulen der Stadt. Diese Zahl entspricht 8,5 Prozent der Schülerschaft. Nach Hochrechnungen der Schulverwaltung wächst diese Zahl bis 1982 auf 26 000 Schüler. L. R.

Berliner Morgenpost, 26.10.1977

Keine Schulgettos in Berlin

Regelklassen bieten Ausländer-Kindern Integration

Ein Unterricht in nationalen, muttersprachlichen Übergangsklassen ist für eine schnellere und bessere Integration der Ausländerkinder in Berlin nicht geeignet. Zu diesem Ergebnis kommt ein Untersuchungsbericht, den der Schulsenator gestern im Senat bekanntgab. Der Bericht wird jetzt dem Abgeordnetenhaus vorgelegt.

In die Untersuchung sind die Erfahrungen der ausländerstarken Bezirke Tiergarten, Wedding, Kreuzberg und Schöneberg mit einbezogen worden. Durch das Ergebnis sieht sich Schulsenator Rasch in seiner Auffassung bestätigt, daß eine frühzeitige Aufnahme in Regelklassen die beste und schnellste Integrations-Chance biete. Wo Vorbereitungsklassen unumgänglich seien, führten nichtmuttersprachliche Klassen mit Kindern mehrerer Nationalitäten zu besseren Ergebnissen, auch wenn sie „nicht gerade ideal" seien.

In den muttersprachlichen Klassen wären Kinder während der ganzen Grundschulzeit nach Nationalitätengruppen zusammengefaßt. Das aber würde sie nach Meinung des Schulsenators noch stärker in die Isolation treiben. „Wir wollen in Berlin keine Gettos schaffen", erklärte Rasch dazu. R. Z.

Kummer mit den Kindern

Frankfurter Rundschau am Abend, 29.10.1977

Türken haben die meisten Schwierigkeiten

Das für Ausländerfragen zuständige Sozialministerium von Schleswig-Holstein hat eine Untersuchung vor allem über die Integrationsschwierigkeiten der türkischen Gastarbeiterfamilien vorgelegt, deren Anteil unter den Ausländern weiter wächst. Am stärksten sind die türkischen Kinder betroffen, worüber das Institut für Praxis und Theorie an den Schulen des nördlichsten Bundeslandes eine spezielle Studie vorgelegt hat. Nach den beiden Untersuchungen ist es offensichtlich, daß die türkischen Kinder, die in die Bundesrepublik kommen, vor Problemen stehen die wir nicht annähernd abschätzen können.

Im Bundesgebiet leben heute rund 100 000 Kinder von ausländischen Gastarbeiter-Familien, wovon schon rund 40 Prozent aus der Türkei stammen. Diese Kinder kommen überwiegend aus den kleinen Dörfern von Anatolien, wo ihnen der Islam figürliches Spielzeug verbietet. Dazu die Pädagogen des Kieler Schulinstituts: „Nach den pädagogischen Gesichtspunkten bleibt dem Kind dadurch ein sehr weites Feld der Erkenntnisgewinnung gesperrt." Das Kind könne seine Phantasie nicht bereichern, versage dann hier in der Schule „bei der Ausführung komplizierter Arbeitsanweisungen".

Zwei Drittel der türkischen Bevölkerung wohnen in Dörfern und Kleinstädten und davon wiederum sind 60 Prozent in der Landwirtschaft tätig. 13.000 der 40.000 Dörfer haben keine eigene Schule. Wo es sie gibt, wird in überfüllten Schulen in drei Schichten wegen Lehrermangels die zusammengefaßte Unterrichtung der fünf Volksschuljahrgänge vorgenommen. Das hat zur Folge, daß über 20 Prozent aller Grundschüler in der Türkei sitzenbleiben.

Die an sich in der Großfamilie geborgenen Kinder können aber von den Eltern keine zeitgemäße Erziehung erwarten. Nach den Erkenntnissen des Schulinstituts fangen die Schwierigkeiten und Probleme dieser Kinder „eigentlich erst dann an, wenn sie ihrer gewohnten Umgebung entrissen und in einen fremden Boden hineinverpflanzt werden". Sie erleiden dann sozusagen einen Kulturschock. Wie das schulisch aussieht, ist ebenfalls untersucht worden: Den türkischen Kindern ist es wegen der mangelnden allgemeinen Kenntnisse und des Fehlens der deutschen Sprache nicht möglich, hier ihrem Schulunterricht zu folgen. Deutsche Freunde finden sie ebenfalls nicht, weil sie sich nicht mit ihnen verständigen können.

Die Folgen: „Sie werden in ein Einzelgängerdasein am Rande des Schulhofes gestoßen oder zu einer in sich geschlossenen Gruppenbildung veranlaßt. Ihre Stellung wird immer isolierter. Die benachteiligten Gruppen werden mit nachteiligen Emotionen aufgeladen. Solche Störungen rufen feindselige Reaktionen der deutschen Klassenkameraden, häufig genug auch der Eltern hervor, die sich dadurch in Vorurteilen gegen die fremdartigen Menschen bestätigt sehen.

„Schließlich ist auch der deutsche Lehrer aus Resignation oder Unwillen heraus geneigt, die in seinem Klassenverband und in seiner Unterrichtskonzeption störenden Elemente durch Sitzenbleiben oder Überweisung auf eine Sonderschule, mindestens aber durch eine gesteuerte, störungsfreie Isolation innerhalb der Klasse zu verdrängen. Die Isolation der Kinder wird also weiter verstärkt."

Den Gastarbeiterfamilien werden in der Bundesrepublik vor allem mit Blick auf ihre Kinder eine Reihe von Hilfen angeboten (wenn sie auch noch ausbaufähig sind). Aber diese Hilfen werden nach einer Untersuchung des Kieler Sozialministeriums kaum angenommen. Das Ministerium weist da auf die Kindergärten hin, die durchaus umfassend auch für türkische Kinder da sind. Aber: „Hier stehen wir — wie bei vielen anderen sozialen und beruflichen Eingliederungsmaßnahmen auch — vor dem Phänomen, daß die Angebote nur im geringen Umfang in Anspruch genommen werden." Vor allem den Türken ist diese Form der Kinderbetreuung aus der Heimat nicht bekannt.

Die Hausaufgabenhilfen haben jetzt die freien Wohlfahrtsverbände übernommen. Hier werden besonders interessierte deutsche Frauen nachmittags mit dem Ziel eingeschaltet, Sprachschwierigkeiten zu beseitigen und den Kontakt auch zu deutschen Kindern zu verstärken. Voraussetzung dafür ist, daß die türkischen Kinder besser in die deutsche Sprache eingeführt werden. Das Landesschulamt von Schleswig-Holstein ist inzwischen angewiesen worden, diejenigen Lehrer, welche die Zusatzfakultas „Deutsch als Fremdsprache" erworben haben, vorzugsweise einzustellen.

Die bessere Fähigkeit der Pädagogen, türkischen Kindern Deutsch zu vermitteln, setzt aber voraus, daß die Kinder auch in die Schule gehen und nicht von den Eltern zur Betreuung der jüngeren Geschwister angehalten werden, was oft der Fall ist. Da will man gleichfalls türkische Sozialberater zu den türkischen Eltern schicken, damit sie ihre Kinder nicht von der Schule fernhalten.

HANNELORE ASMUS

Bad. Neueste Nachrichten, Karlsruhe, 5.11.1977

Mehr Ausländerkinder an Sonderschulen

Bei sinkender Zahl der Sonderschüler stieg Anteil auf 11,7 Prozent

STUTTGART (em). Die Zahl der Schüler an öffentlichen Sonderschulen in Baden-Württemberg ist im Schuljahr 1977/78 gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent auf rund 57 000 gesunken. Nach ersten Ermittlungen des Statistischen Landesamtes ist dies in erster Linie auf die kleiner werdenden Einschulungsjahrgänge zurückzuführen. Gleichzeitig ist aber die Zahl der Ausländerkinder, wie schon in den Vorjahren, erneut stark angewachsen.

Mit einer Zunahme um 1068 auf 6650 beträgt die Zuwachsrate gegenüber 1976/77 gut 19 Prozent. Damit ist der Ausländeranteil an Sonderschulen mit 11,7 Prozent inzwischen beträchtlich höher als der ausländische Bevölkerungsanteil an den 6- bis 14jährigen, der Ende 1976 nur 7,8 Prozent betrug. Die Ausländerkinder sind also an den Sonderschulen zu etwa 50 Prozent überrepräsentiert.

Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilt, haben sich vor allem an den Schulen für Lernbehinderte als dem quantitativ wichtigsten Sonderschultyp – 80 Prozent der Schüler an öffentlichen Sonderschulen besuchen eine Lernbehindertenschule – die Unterrichtsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Da bei abnehmender Schülerzahl die Zahl der Klassen nahezu unverändert blieb, befinden sich jetzt im Durchschnitt nur noch 15,5 Schüler (Vorjahr 16,0) in einer Klasse.

Schließlich weist das Statistische Landesamt noch darauf hin, daß die Geschlechterproportion, die sich an den allgemeinbildenden Schulen insgesamt bei 48,6 Prozent Mädchen fast ausgeglichen darstellt, an Sonderschulen je nach Behinderungsart sehr unterschiedlich ist. An den Sprachbehindertenschulen liegt der Anteil der Mädchen bei 25,4 Prozent, während er unter den Gehörlosen mit 50,7 Prozent doppelt so hoch ist. Von den insgesamt 57 000 Schülern sind 40,7 Prozent weiblich.

„Das Ausländerproblem ist kein Störfaktor“

Solinger Morgenpost, Rheinische Post, 29.10.1977

GEW-Veranstaltung / Unterricht mit Gastarbeiter-Kindern

Der Stadtverband Solingen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte zu einem — wie sich im Laufe des Abends herausstellte — brandaktuellen Problem einen kompetenten Referenten gewonnen: Vor zahlreichen Pädagogen sprach im „Wasserturm" Detlef Friberg, Wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule in Neuss zum dem Thema „Mögliche Konzeption für den Unterricht mit ausländischen Kindern." Als Mitarbeiter der seit fünf Jahren bestehenden Forschungsgruppe „ALFA" (Ausbildung von Lehrern für Ausländerkinder) zeigte er sich mit dem vielfältigen Themenkomplex bestens vertraut.

„Erwarten Sie keine Revue neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse!" So dämpfte er gleich zu Beginn allzu optimistische Spekulationen; wie er es denn auch vordringlich als seine Aufgabe herausstellte, Hilfen zum Abbau von Vorurteilen zu geben, Problembewußtsein zu wecken — bis hin bis zur Betroffenheit — und verpflichtendes Engagement daraus abzuleiten. Mit aufrüttelnden Zahlen unterstrich er sein Anliegen: Im Jahre 1974 waren z.B. 35,3 Prozent aller schulpflichtigen Kinder Ausländer; eine Hochrechnung für 1981 läßt diesen Wert auf 46,1 Prozent ansteigen! Fribergs Folgerung daraus: „Wir können das Ausländerproblem nicht als Störfaktor ansehen, sondern müssen uns bemühen, es als Bereicherung von Gesellschaft und Kultur zu betrachten."

Aus der Vielfalt der Fragen behandelte der Referent insbesondere die Probleme der Unterrichtsorganisation (wozu es zumindest bisher keinerlei konzeptionelle Lösung gibt). Auch feste Richtlinien, verbindliche Stoff- und durchdachte Lehrpläne sind noch nicht erstellt. Für ganz besonders notwendige Ausbildung und Qualifikation der Lehrer ist ebenfalls so gut wie nichts getan worden. „Hier sind Veränderungen dringend nötig!"

Als Idealziel stellte Friberg die „multikulturelle Gesellschaft" hin, wobei der Lehrer mit neuen Medien und Plänen als „Umsetzer" zu dienen habe. Bisher, so war zu erfahren, gibt es in NRW nur eine einzige Pädagogische Hochschule (Neuss), an der ein viersemestriger Kurs mit dieser Thematik belegt werden kann. — Es gelang dem Referenten, die Dringlichkeit seines Anliegens offenbar werden zu lassen. Dies unterstrich eine aus- und ergiebige Diskussion, an der sich auch ausländische Lehrer engagiert beteiligten. Natürlich blieben zahlreiche Einzelfragen offen. Das Ziel aber, einen kräftigen pädagogischen Impetus zu stimulieren, wurde erreicht. L-s

Ruhr-Nachrichten, Essener Tageblatt, 5.11.1977

Gewerkschaft feierte mit ausländischen Kindern

Türkischer Schriftsteller kam als Gast

In den Räumen der Gesamtschule an der Bockmühle veranstaltete der Arbeitskreis der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft „Ausländische Schüler und Jugendliche im Stadtverband der GEW" ein Ausländerfest. Vor etwa vierhundert Besuchern präsentierten sich türkische, jugoslawische und spanische Kindergruppen mit Tänzen und Liedern ihrer Heimat. Zudem belebten portugiesische Clowns und eine slowenische Trachtengruppe das Programm. Ehrengast der Veranstaltung war der international bekannte türkische Schriftsteller Fakir Baykurt.

Neben Eßständen mit Spezialitäten aus den Heimatländern der ausländischen Schüler und Ausstellungen von Gemälden und Fotografien wurden vielfältige Informationen zu den Problemen ausländischer Schüler und Lehrer angeboten.

Der Arbeitskreis, der seit nunmehr zwei Jahren besteht, wollte mit dieser Veranstaltung zur Integration der ausländischen Kinder und Erzieher beitragen. Im Rahmen eines Kinderfestes sollten sich deutsche und ausländische Kinder näherkommen. Den erwachsenen deutschen Besuchern sollte über einen Einblick in die fremdländische Kultur das Verständnis für die Probleme der Gastarbeiter erleichtert werden.

Hauptforderungen des Arbeitskreises sind: Fünf Wochenstunden Unterricht in der Muttersprache sowie ausreichende Information über das Heimatland für die Schüler und berufliche Absicherung für die ausländischen Lehrer. -k-

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen, 9.11.1977

Stifterverband: Schulanfänger 1980 zur Hälfte Ausländerkinder

ESSEN (ddp)

1980 werden in den Ballungsgebieten der Bundesrepublik 50 vH aller Schulanfänger Ausländerkinder sein. Wie der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Essen mitteilte, werden bereits in den nächsten Jahren 40 000 bis 50 000 ausländische Kinder die Schule verlassen, davon 60 vH ohne Hauptschulabschluß und damit „überwiegend ohne Chance, einen Ausbildungsplatz zu erhalten". Die Geburtenzahl ausländischer Kinder werde auch in Zukunft weiter ansteigen. Sie habe 1976 bei 100 000 gelegen und damit mehr als 20 vH aller Geburten ausgemacht.

Der Stifterverband kündigte zwei Modellversuche zur Verbesserung der Lage ausländischer Kinder an, die vom Bundesbildungsministerium gefördert werden. Es sind ein „lernortübergreifendes Kooperationsmodell zur Förderung ausländischer Jugendlicher beim Übergang von der Hauptschule in das Berufsleben" sowie die „Unterstützung bildungspolitiker Maßnahmen für ausländische Kinder durch vor- und außerschulische Sozialisationshilfen".

Ausländerkinder sind im Nachteil

Neue Hannoversche, 7.12.1977

Besorgt über die schulische Situation von Ausländerkindern hat sich gestern der Lindener SPD-Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecher der Landtagsopposition, Dr. Ernst Gottfried Mahrenholz, geäußert. „Schulen mit hohem Ausländeranteil werden alleingelassen", wirft er dem Kultusministerium vor.

Noch immer seien vier hannoversche Schulen mit einem hohen Prozentsatz von Ausländerkindern schlechter versorgt als der Durchschnitt hannoverscher Grund- und Hauptschulen. In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil steige der Anteil ausländischer Schüler in den Klassen auf bis zu 60 Prozent. Die Mischung verschlechtere sich fortlaufend.

Der Aufmerksamkeitsgrad für dieses Problem in der Öffentlichkeit sei aber zumindest zur Zeit noch außerordentlich gering. An die zuständigen Instanzen richtete er den Appell, durch intensivere Fürsorge auch die Langzeitwirkung besser in den Griff kriegen zu müssen. Und er warnte vor einer sonst entstehenden Gettobildung.

Forderungen des ehemaligen Kultusministers an seinen Nachfolger, Dr. Werner Remmers (CDU): Kleinere Klassen für Schulen mit hohem Ausländeranteil, Entlastungsstunden für die Lehrer und mehr Freiraum für pädagogische Entscheidungen.

Gerhard Albrecht, Pädagoge und Orientierungsstufenkoordinator an der Egestorffschule (26 Klassen mit bis zu 60 Prozent Ausländerkindern) spricht sich außerdem dafür aus, daß das „starre Modell" des Kultusministers für die Orientierungsstufe an Schulen wie seiner durch ein Differenzierungsmodell ersetzt wird.

Remscheider General-Anzeiger, 16.1.1978

Jugendliche Ausländer wollen bleiben

Mülheim/Ruhr. In zehn Jahren dürfte es in der Bundesrepublik rund zwei Millionen jugendliche Ausländer im Alter bis zu 18 Jahren geben, doppelt so viele wie heute. Diese Zahlen wurden am Sonnabend auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Mülheim an der Ruhr genannt. Tritt diese Entwicklung ein, so würde 1988 jeder sechste bis siebte Jugendliche der entsprechenden Altersklasse ausländische Eltern haben. Im Unterschied zur älteren Generation wollen di die jüngeren Ausländer fast durchweg auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben. Schwerpunkte der Gastarbeiter-Ansiedlung sind die Städte Fürth, Offenbach, Remscheid und Neuss. Dort sind schon heute zwölf Prozent der Bevölkerung Ausländer.

Remscheider General-Anzeiger, 3.1.1978

Bildungshunger ausländischer Schüler greift selbst auf Gymnasien über

Das geht aus einer Übersicht des städtischen Schulverwaltungsamtes hervor

Gemessen an der Gesamtbevölkerung steht die Stadt Remscheid mit ihrem Ausländeranteil im Vergleich zu den anderen Großstädten ganz oben, in Nordrhein-Westfalen sogar an der Spitze. Diese ungewöhnlich hohe Ausländerzahl erklärt auch den hohen Anteil ausländischer Kinder, die die Remscheider Schulen besuchen, wie in einer Übersicht des Schulverwaltungsamtes nachzulesen ist.

Gehen wir die einzelnen Schultypen durch, so sind in den acht Remscheider Hauptschulen 515 ausländische Schüler und Schülerinnen verzeichnet, in den vier katholischen Grundschulen 128 und in den 19 Gemeinschaftsgrundschulen 992, insgesamt also 1 635.

Dazu kommen noch 49 Ausländer in den drei Sonderschulen für Lernbehinderte und 14 in der Sonderschule für geistig Behinderte.

Ausländische Kinder gibt es folgerichtig auch in den neun Remscheider Schulkindergärten, und zwar 27. Sie werden hier ebenso wie die deutschen Kinder auf den Grundschulbesuch vorbereitet.

An der Spitze der ausländischen Schulkinder in den Grund- und Hauptschulen liegen die Spanier mit 460, gefolgt von den Italienern mit 381 und den Türken mit 374, denen mit weitem Abstand die Portugiesen (164) und Jugoslawen (158) folgen. Außerdem werden aufgeführt 20 Griechen, 13 Niederländer, 11 Österreicher, 3 Briten, 2 Tschechen und sogar 1 USA-Schüler.

Wenn auch das Übergewicht der ausländischen Schüler in den obengenannten Schulen vorhanden ist, so ist es bemerkenswert, daß ihr „Bildungshunger" auch auf die Realschulen, die Gymnasien und die Berufsschulen Remscheids übergreift.

Hier die genauen Zahlen: Realschule Remscheid 42, Realschule Lennep 15, Abendrealschule 6, EMA-Gymnasium 16, GBS-Gymnasium 4, Leibniz-Gymnasium 19 und Röntgen-Gymnasium 11.

Die Jugoslawen liegen an den Realschulen mit 19 Schülern vorn vor 14 Spaniern, während sie an den Gymnasien mit zehn hinter elf Spaniern liegen.

Schließlich sei noch der Ausländeranteil an den Berufsschulen vermerkt: Gewerbliche Schulen 137, darunter je 42 Italiener und Spanier sowie 21 Türken, Käthe-Kollwitz-Schule 89, darunter 40 Spanier und 32 Italiener, und Kaufmännische Schulen 36, darunter 10 Italiener und 7 Spanier. A. Schriever

Künftig müssen „Gastarbeiter" sich auf deutsch verständigen können, um in der Bundesrepublik bleiben zu dürfen.

Die Zeit, 6.1.1978

Deutsch lernen, aber fremd bleiben?

Wie ein Kraftfahrer einen Führerschein haben muß, um seinen Wagen zu fahren, so muß im neuen Jahr ein türkischer Straßenkehrer einen „Sprachenschein" erwerben, um seinen Besen schwingen zu dürfen. Darauf laufen, überspitzt formuliert, die „Vorschläge der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigung" hinaus. Das Arbeitsministerium hat diese Vorschläge vor einiger Zeit veröffentlicht. Wissenschaftler, die auf dem Gebiet „Deutsch als Fremdsprache für ausländische Arbeiter" tätig sind, haben dagegen protestiert. Ebenso die Mitgliederversammlung des „Deutschen Romanistenverbandes".

Die Vorschläge der Bund-Länder-Kommission sehen eine leichte Verbesserung, im Ministerialdeutsch heißt das: „Verfestigung", des aufenthaltsrechtlichen Status vor. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis soll „in der Regel" nun nach fünf Jahren erteilt werden. Eine von vier Bedingungen: Die ausländischen Arbeiter sollen mündliche deutsche Sprachkenntnisse vorweisen, „die eine Verständigung ermöglichen".

Eine Aufenthaltsberechtigung soll zukünftig nach acht Jahren erteilt werden (bislang nach zehn Jahren), allerdings erst, wenn der „Gastarbeiter" unter anderem einen Sprachtest bestanden hat. Der Sprachverband „Deutsch für ausländische Arbeitnehmer" ist beauftragt, „ein verwaltungstechnisch einfaches Verfahren für den Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse zu entwickeln".

Neben der geringfügigen Verbesserung des aufenthaltsrechtlichen Status ist sicher zu begrüßen, daß die Bedeutung der Sprache gesehen wird, weil sie die Integration ausländischer Mitbürger erleichtern könnte. Doch die Vorschläge sind weltfremd: Das Angebot an Deutsch-Kursen für Ausländer ist völlig unzureichend. Der Sprachverband, dem nun die Schlüsselposition zufällt, fördert nach eigenen Angaben zehntausend Kursteilnehmer, das sind 0,6 Prozent der erwerbstätigen Ausländer. Nach einer Untersuchung der Bundesanstalt für Ausländer aus dem Jahre 1972 hat nur jeder zwanzigste ausländische Arbeitnehmer an einem Deutschkurs teilgenommen.

Die Gründe liegen auf der Hand: Die Kurse finden meist nur in Ballungszentren statt. Ausländer arbeiten häufig in Schichtarbeit, werden zu Überstunden herangezogen, sie sind müde, wenn die Arbeit geschafft ist, denn sie leisten ja häufig die Knochenarbeit, für die deutsche Arbeitnehmer nicht zu gewinnen sind. Auch ihre rechtliche Unsicherheit, die Ungewißheit, ob sie nicht wieder in die Heimat abgeschoben werden, spielt eine Rolle. Im übrigen aber gelten die angebotenen Sprachkurse unter Fachleuten als ungeeignet für ausländische Arbeiter.

In Schweden hat jeder ausländische Arbeiter Anspruch auf 240 Stunden Schwedischunterricht während der Arbeitszeit. Dort besuchten zwischen 1969 und 1973 jährlich 170 000 Arbeiter den Unterricht. Wenn man diese Zahlen auf bundesdeutsche Verhältnisse bezieht, bedeutet das: Der Unterrichtsbesuch in Schweden lag um das Siebzigfache höher als bei uns. Für die Kritiker der Bonner Vorschläge ist dies der Beweis, daß mit einem guten Lernangebot mehr zu erreichen ist als mit der Androhung von Strafe.

Aber es gibt noch andere Einwände. Die Bundesrepublik versteht sich nicht als Einwanderungsland. Warum sollen dann Ausländer unbedingt Deutsch lernen, wenn sie letztlich Fremde bleiben, nur auf Zeit integriert werden sollen? Auch politisch erscheinen die Vorschläge bedenklich und werfen einige Fragen auf: Wollen wir Ausländern zwangsweise Deutsch beibringen? Sollen Sie mit der Sprachprüfung germanisiert werden? Muß ein Müllmann aus dem Orient Deutsch können, wenn wir sonst nicht an ihm interessiert sind? Was würden deutsche Arbeitskräfte wohl sagen, wenn sie im Ausland Sprachprüfungen ablegen müßten?

Ernst Klee

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Aachener Volkszeitung, 13.1.1978

Junger Gastarbeiter

Ein ausländischer Jugendlicher darf nur mit Genehmigung der Bundesanstalt für Arbeit beschäftigt werden. Lehrlinge stehen damit Angestellten und Arbeitern insoweit gleich. Beschluß des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 29. 7. 1977 (3 ObOWi 123/77).

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Aller Zeitung, Gifhorn, 14.1.1978

Zu den vielen Benachteiligungen, die Ausländerkinder in der Bundesrepublik erfahren, gehört auch die Tatsache, daß nur 30 Prozent von ihnen den Kindergarten besuchen und damit eine vorschulische Förderung bekommen. Nach Ansicht des Deutschen Caritasverbandes ist es dringend notwendig, diesen Anteil dem deutschen Durchschnitt entsprechend anzuheben, um einer Gettobildung vorzubeugen und die ohnehin schlechten Startchancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu verbessern. fib

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Der Tagesspiegel, Berlin, 22.1.1978

In Kreuzberg fast 45 Prozent ausländische Hauptschüler

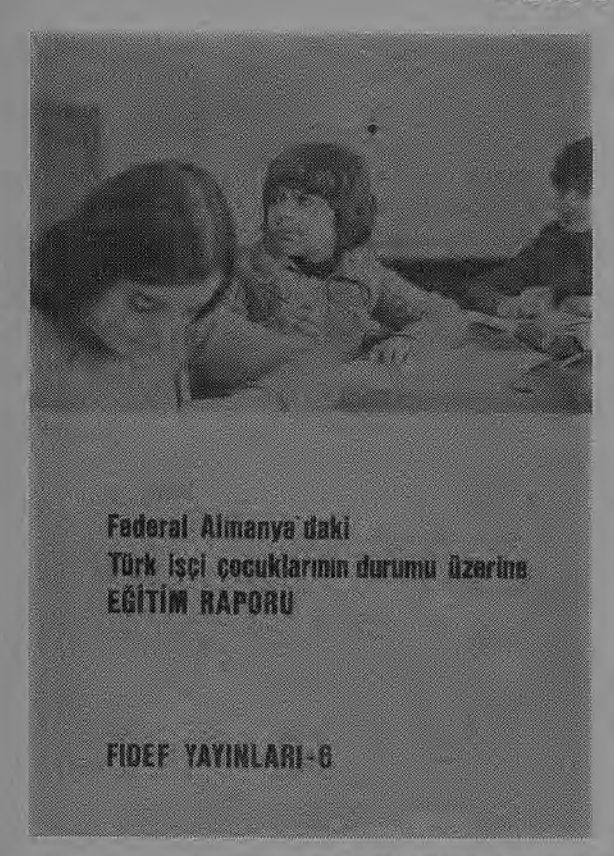
In Kreuzberg sind schon bald die Hälfte aller Hauptschüler (44,9 Prozent) Ausländer, in Wedding fast ein Drittel (32,9 Prozent). Diese Zahlen hat der Senat jetzt auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Joachim Palm veröffentlicht. Landesweit beträgt der Anteil der ausländischen Hauptschüler 18,9 Prozent, wobei die geringste Quote mit 3,6 Prozent in Zehlendorf liegt. Die Realschulen haben 4,2 Prozent ausländische Schüler, die Gymnasien 3,4 und die Gesamtschulen 3,1 Prozent. (Tsp)

BERICHT des Bundesvorstandes der FIDEF

zum „Kongress zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD"

Gelsenkirchen 11./12. Februar 1978

ERSCHIENEN !





FIDEF Genel Yönetim Kurulu 'nun

11/12 Subat 1978 tarihli EĞİTİM KURULTAYI 'na

sunduğu EĞİTİM RAPORU

ÇIKTI!

Zu Beziehen :
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. FIDEF
Lichtstrasse 31
4000 Düsseldorf
Tel.: (0211) 66 42 84
Konto Nr.: 1764 64–437
Postscheckamt Essen

Yukarıdaki adresten istenebilir.

AUFRUF

Seit 1977 erscheint nun in der Bundesrepublik die erste Zeitung, in der die ausländischen Arbeiter selbst über ihre Situation in der Bundesrepublik, ihre gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten, die Lage in ihrem Heimatland schreiben. Die FIDEF-Zeitung, herausgegeben von der gleichnamigen Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD, kommt in deutscher Sprache heraus.

Wir möchten Sie als Mitbürger und Kollegen, als Gewerkschafter und Friedensfreunde dazu aufrufen, unsere Zeitung zu abonnieren. Neben den vielfältigen Informationen bedeutet ein Abonnement der FIDEF-Zeitung einen Akt der Solidarität, sowohl mit den ausländischen Kollegen hierzulande wie mit der demokratischen- und Arbeiterbewegung in unserem Heimatland:

Informieren Sie sich über die Probleme der ausländischen Arbeiter !

Solidarisieren Sie sich mit unserem Kampf um sozialen Fortschritt und Frieden !

Abonnieren Sie FIDEF !

Ihr Abonnement wird uns helfen, die Zeitung nun im monatlichen Turnus herausgeben zu können und damit verstärkt zur Klärung der vielen Fragen beizutragen. FIDEF kostet als Einzelheft 1,50 DM, im Jahresabonnement 12,-- DM zuzüglich 7,-- DM Porto.